

GARTE ZITIG

7. Jahrgang
Nr. 247/248
18.11.1982
Auflage 100
- .80

NEIN zur VBZ-vorlage!

bü. Ende november stimmt die stadt Zürich über eine vorlage der VBZ ab. Es geht um die abschaffung des taxreferendums und um eine minimale kostendeckung der VBZ von 65% (heute 57-58%). Dies hätte bis 1987 tarifierhöhungen von 50% zur folge.

Kurzstrecke 1.20,
langstrecke 1.80,
abos für 9 und 18
franken, soviel
würden die billete
1987 kosten. Die
bürgerliche mehr-
heit möchte damit
die VBZ sanieren.
Dabei schrieb der
stadtrat selber
1979:

"Eine tarifierhöhung
im heutigen zeit-
punkt müsste allen
bestrebungen, die
eigene bevölkerung
sowie die zupendler
zu einem umsteigen
auf die öffentli-

chen verkehrsmittel
anhalten, zuwider-
laufen. Vielmehr
könnte eine tarif-
erhöhung gar eine
tendenzwende in die
wege leiten und er-
neut ein ansteigen
des nicht nur aus
energiepolitischer
sicht problemati-



Rüstungsreferendum
unterschreiben!

"Daneben und besonders in unsicheren zeiten und unter ausserordentlichen verhältnissen sind finanzbeschlüsse von grosser politischer und finanzieller tragweite zu fassen. Wir erinnern vorab an das rüstungsprogramm. Hier hat die einföhrung des finanzreferendums ihren guten sinn, wird damit doch die letzte verantwortung für vorlagen, welche den finanzbedarf des staates nachhaltig beeinflussen, dem volke übertragen." Dies schrieb unser bundesrat 1954. Heute läuft eine initiative für das rüstungsreferendum. Der bund spricht überall vom sparen, die heilige kuh EMD hat jedoch als einziges departement keine mühe, ihre vorlagen durchzubringen. Unterschreibt die initiative,

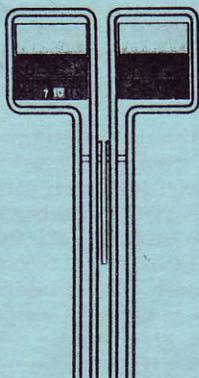
weil das volk eine sicherung braucht, damit der sozialstaat nicht der aufrüstung geopfert wird.

weil die mitbestimmung des volkes verhindert, dass unsere milizarmee unversehens eine grossarmee im taschenformat wird.

weil ein Mirageskandal und ein panzer68-dilemma grund genug sein sollten, durch eine volkskontrolle die sorgfaltspflicht des EMDs zu erhöhen.

schon individualverkehrs zur folge haben, wäre somit kontraproduktiv."

Bisher unterstanden die tariferhöhungen dem referendum. Das heisst, wenn der gemeinderat eine →



erhöhung beschliesst, können 2000 stimmberechtigte oder 42 gemeinderäte eine abstimmung verlangen. 1972 und 1976 wurden so massive tariferhöhungen bekämpft, und vom volk verworfen. Gemässigte erhöhungen wurden dagegen angenommen. Den bürgerlichen der stadt ist dieses verfahren zu mühsam. Sie wollen die tarife ohne abstimmung durchbringen, weil sie angst vor einer ablehnung und somit einem misstrauen durch

2

Monatslohn:

das volk haben. Darum wollen sie dieses fakultative referendum abschaffen. Sie argumentieren damit, dass ja über gas- und strompreise auch nicht abgestimmt werde. Die VBZ-preise sind aber politische, die mit der konkurrenz des autos und zur sozialen verträglichkeit abgestimmt werden müssen.

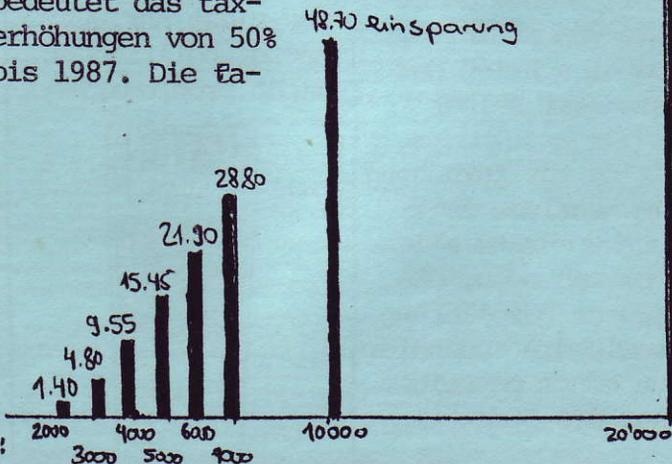
Die VBZ-vorlage bringt einen demokratieabbau. Sie nimmt dem volk die möglichkeit, die tarife zu bestimmen.

Darum NEIN.

Die Vorlage verlangt, dass die VBZ sich zu 65% selber finanzieren soll. Heute sind es 57-58% Nach internen unterlagen der VBZ bedeutet das taxerhöhungen von 50% bis 1987. Die fa-

belle zeigt, wieviel damit an steuern eingespart werden.

Dafür kostet dann aber ein monatsabo 24 franken mehr. Die grosse mehrheit der steuerzahler/innen würde also ohne tariferhöhung besser fahren. Gerade dies ist aber ein weiterer grund der bürgerlichen für die



123-

vorlage. Eine Finanzierung der VBZ durch die Stadt wäre eine soziale Lösung, natürlich auf Kosten der Reichen und Superreichen. Die VBZ-Vorlage ist sozial schwächeren wollen sich die bürgerlichen sanieren. Darum NEIN.



In den USA sind die meisten öffentlichen Verkehrsmittel privatwirtschaftlich organisiert. Sie sehen auch dementsprechend aus. Ohne Auto kommt Mensch nirgendwohin - wenn er/sie sich das Auto leisten kann.

Steuererhöhungen sind verkehrspolitisch ein Unsinn. Täglich schleichen riesige Automassen in die Stadt hinein und wieder hinaus, Lärm und Abgase... (siehe auch GZ 240/1) Die Verkehrsprobleme dieser Stadt können nur dadurch gelöst werden, dass mehr Leute Tram und Bus und weniger Auto fahren. Und ausgerechnet mit einer Steuererhöhung sollen diese Pendler dazu gebracht werden, umzusteigen. Es ist eher zu befürchten, dass eine massive oder mehrere kleine Erhöhungen hintereinander den Goodwill der Bevölkerung gegenüber der VBZ und den öffentlichen Verkehrsmitteln überhaupt angreifen. Sie wird ein-



Schränkungen des Autopendlerverkehrs nur solange akzeptieren, als dass Tram und Bus einigermassen günstig sind. Schon auf den ersten Dezember werden die regionalen Billette um 25% erhöht. Das sollte genug sein. Die VBZ-Vorlage bringt einen Teufelskreis. Noch teurere Billette bedeuten weniger Passagiere bedeuten noch teurere Billette bedeuten... Die Reichen können es sich leisten, sie haben die VBZ nicht nötig.





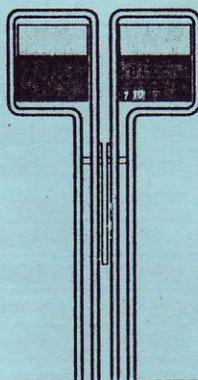
Die VBZ-vorlage schwächt die öffentlichen verkehrsmittel. Das bedeutet noch mehr autoverkehr. Darum NEIN.

Es ist interessant, dass das "defizit" der VBZ eigentlich nur daher rührt, dass die VBZ gegenüber dem privatverkehr benachteiligt wird.

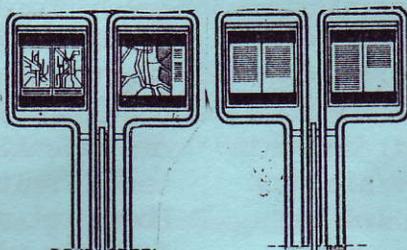
Jährlich zahlt die stadt einen grossen betrag an die investitionen des autoverkehrs: strassen, aignalisierung, polizei etc. Abgesehen von den umweltschäden und den sozialen kosten (spitäler...) waren

es in den letzten zehn jahren 53,04 millionen jährlich. Die VBZ hingegen musste bisher ihre investitionen (schienen, rollmaterial) selber bezahlen. Wenn dies gerechterweise auch die stadt übernimmt, so hätte das der VBZ 1981 37,1 Millionen gebracht.

Zweitens müssen wir die behinderungen der VBZ berechnen, die der autoverkehr verursacht. 1973 während des ölschocks, als die strassen plötzlich



leer waren, konnte dieser betrag berechnet werden: 16,8 millionen, plus teuerung gab dies 1981 26,4 millionen. Die stadt zahlte aber dafür 1981 nur 5,7 millionen. Die



Kanton:

Polit. Gemeinde, PLZ:

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen. Der Bürger, welcher das Begehren unterstützt, unterzeichne es handschriftlich.

Wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Initiative für die Mitsprache des Volkes bei Militärausgaben

Rüstungsreferendum

der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz

Name (handschriftlich und möglichst in Blockschrift)	Vorname	Geb.-jahr	Wohnadresse (Strasse, Hausnummer)	Kontr. (leer lassen)
1				
2				
3				
4				
5				

Ablauf der Sammelfrist: Ende 1982

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass die (Anzahl) Unterzeichner der Volksinitiative in eidg. Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Datum: _____

Ort: _____

Amtsstempel:

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson
(Unterschrift und amtliche Eigenschaft):

Bitte hier nicht abtrennen

Das Initiativkomitee, bestehend aus den Mitgliedern der Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, ist berechtigt, die Volksinitiative mit einfacher Mehrheit vorbehaltlos zurückzuziehen.

Helmut Hubacher, Präsident, Arnold-Böcklin-Str. 41, 4051 Basel; Christoph Berger, Egelgasse 47, 3006 Bern; Roger Biedermann, Sonnenstr. 28, 8200 Schaffhausen; Rita Gassmann, Wehntalerstr. 82, 8057 Zürich; Andreas Gerwig, Thiersteinerallee 14, 4053 Basel; Gret Haller, Länggassstr. 53, 3012 Bern; Yvette Jäggi, ch. du Village 33, 1012 Lausanne; Andreas Lutz, Neubrückstr. 49, 3012 Bern; Jean-Pierre Métral, St. Romain, 1966 Ayent; Félicien Morel, 1782 Belfaux; Georges Peters, av. Valmont 16, 1010 Lausanne; Anna Ratti, 7649 Casaccia; Peter Rüegg, Geiselweidstr. 53, 8400 Winterthur; Marcel Schneider, untere Beichenstr. 9, 3550 Langnau i.E.; Lilian Uchtenhagen, Lenggstr. 31, 8000 Zürich; Peter Vollmer, Effingerstr. 4 A, 3011 Bern.

Die Liste ist vollständig oder teilweise ausgefüllt an untenstehende Adresse zurückzusenden. Die Stimmrechtsbescheinigung wird von den Initianten eingeholt.

Weitere Listen können bestellt werden bei:

Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Postfach 4084, 3001 Bern

Im «Bundesblatt» veröffentlicht am 24. Nov. 1981

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 121 der Bundesverfassung und gemäss dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68 ff, folgendes Begehren:

Initiativtext:

Artikel 89 Absatz 2 der Bundesverfassung wird wie folgt ergänzt:

«Bundesgesetze, allgemeinverbindliche Bundesbeschlüsse und einfache Bundesbeschlüsse, die Verpflichtungskredite über die Beschaffung von Kriegsmaterial, über militärische Bauten, über Landerwerbe oder über Forschungs-, Entwicklungs- und Versuchsprogramme des Eidg. Militärdepartementes beinhalten, sind dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorzulegen, wenn es von 50 000 stimmberechtigten Schweizer Bürgern oder von acht Kantonen verlangt wird.»



Mitsprache des Volkes bei Militärausgaben:
Nötiger denn je!

hier falten

Geschäftsantwortsendung
Porto vom Empfänger bezahlt

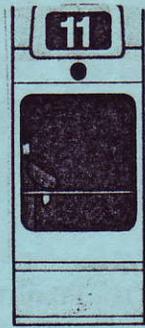
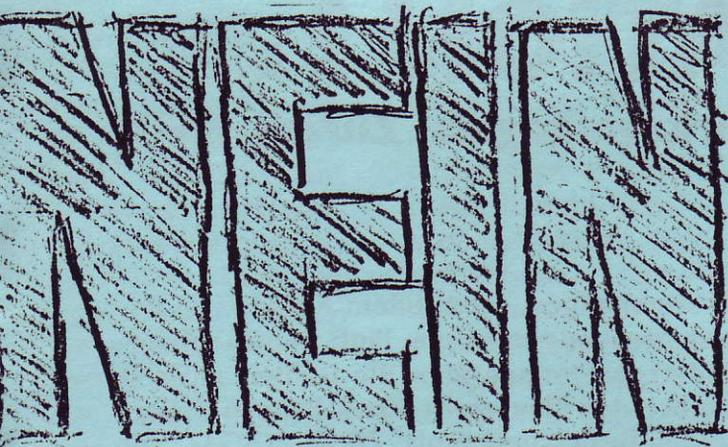
**Correspondance
commerciale-réponse**
Port payé par le destinataire

Invio commerciale-risposta
Tassa pagata dal destinatario

Nicht frankieren
Ne pas affranchir
Non affrancare

An die
Sozialdemokratische Partei
der Schweiz
Postfach 4084

3001 **BERN**



volle deckung dieser behinderungskosten brächten einen mehrertrag von 20,7 millionen. Demnach hatte die VBZ 1981 nicht ein "defizit" von 55,1 sondern einen gewinn von 2,7 millionen. Stellen wir VBZ und autoverkehr auf die gleiche ebene, so ist die VBZ in der lage, eine ausgeglichene rechnung vorzule-

gen. Darum NEIN.

Bürgerliche bezeichnen diesen vorschlag (einzelinitiative der SP) als kosmetik. Klar, der stadt geht es deswegen nicht besser. Aber es geht darum, tram und auto gleichzustellen. Wenn das bisher anders war, wo war es bisher ungerecht gegenüber dem öffentlichen verkehr.

PS: Die vorlage steht übrigens auf etwas wackeligen füßen. Im text selbst wird nie erwähnt, dass das taxreferendum abgeschafft werden soll. Es heisst lediglich, dass der gemeinderat jeweils "als teil des voranschlages" den kostendeckungsgrad festlege, während der stadtrat die tarife beschliesse. Im kommentar heisst es dann schlicht: "Zweckmässigerweise wird der gemeinderat die festsetzung des genauen kostendeckungsgrades beziehungsweise der städtischen beiträge gemäss artikel 1 absatz 1 lit. b jeweils im budgetverfahren unter auschluss des referendums beschliessen."
Formaljuristisch mag dies richtig sein, über die bilanz kann kein referendum verlangt werden. Aber ob dies nicht ein paragrafenmissbrauch ist? Beim bezirksrat ist jedenfalls eine stimmrechtsbeschwerde der POCH hängig.



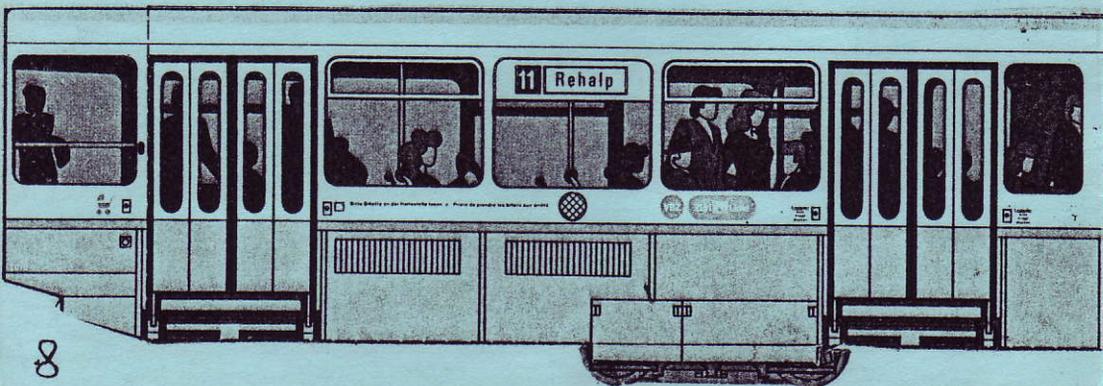
ISOLATION ?

Neubau Bezirksgefängnis Zürich NEIN

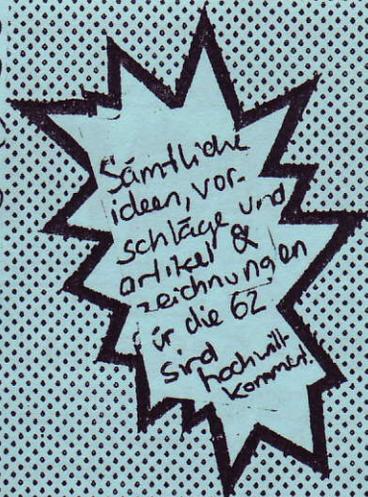
Das Fliessband der Abstimmungen, die mit dem Aufbau von Polizei- und Überwachungsstaat zu tun haben, läuft immer schneller! Kaum ist die Kinderknastvorlage über die Bühne, müssen wir am 27./28. November den Bau eines **Erwachsenen-Superknastes** verhindern: Das Bezirksgefängnis Zürich (BGZ). Im Innenhof des Bezirksgefängnisses im Zürcher Kreis 4 soll ein bunkerartiger Halbrundbau für 180 Untersuchungshäftlinge entstehen — 54 in Hochsicherheitshaft, 84 in 'gewöhnlicher' Isolationshaft und 42 in Dreierzellen (Kleingruppenisolation). Für die zwei letzten Kategorien sollen zwar Arbeits- und Gemeinschaftsräume bereitgestellt werden, doch je nach Verhältnissen können diese auch geschlossen werden ...

Wir dürfen nicht auf die pseudohumanitären 'Verkaufsargumente' der Justizbehörden hereinfliegen. Das Projekt BGZ ist Bestandteil der Aufrüstung gegen das Volk. Ähnliche Knäste schiessen seit 15 Jahren wie Pilze aus dem Boden, nicht nur in der Schweiz, sondern überall, wo das krisenbedrohte System 'in Gefahr' ist, von Kalifornien über Kanada, Westeuropa bis nach Saudi-Arabien. Welchen Stellenwert das BGZ hat, konnten wir in den letzten zwei Jahren im Zusammenhang mit der Bewegung erleben. Wer wird wohl in den nächsten hundert Jahren den gepanzerten Panzerglas-Elektronik-Palast bevölkern?

Zürcher Komitee gegen Gefängnisneubauten



DIE SP-Schweiz, die
initianten der initiative
für ein rüstungsreferendum
hat die sammlung bis
jetzt ziemlich verschlampt.
Nach einem jahr sind
erst 40'000 unterschritten
zusammen.
Ein grund mehr, zu unter-
schreiben, zu sammeln und
einzuschicken.



Am 28. november
wird auch über
die preisüberwa-
chung abgestimmt.
Der bundesrat mach-
te einen gegen-
vorschlag, damit
beides abgelehnt
würde.
Ich empfehle, so
zu stimmen.

INITIATIVE JA
GEGEN-
VORSCHLAG leer
einlegen

filmklub!

der zürcher kantonsschulen

Zyklus Deutscher Film

Übergang
Stummfilm
Tonfilm

- 23. november, 18: uhr 15, filmsaal stadelhofen
Asphalt (Joe May, 1929)
- 7. dezember, 18 uhr 15, filmsaal stadelhofen
Kühle Wampe (Dudow, 1932)
- 14. dezember, 18 uhr 15, filmsaal stadelhofen
Dreigroschenoper (G.W. Pabst, 1931)
- 21. dezember, 18 uhr 15, aula rämibühl
Mädchen in Uniform (Sagan, 1931)

eintritt 3 fr

Impressum

Red. Matthias Bürcher Adresse: Freiestr. 29, 8032 Zürich
Abopreise: Kinder 5.-, Erwachsene 7:50, Post 12.50, nahes
Ausland 20.- /Jahr. (Im Jahr erscheinen 20 Nummern.) Einzah-
lungen auf PC 80-53850, Matthias Bürcher, Garte Zitig, Zürich
Alle Rechte bei den Autoren.

